



**Geschäftsführung**  
**Ausschuss Schule und Weiterbildung**

Frau Ullmann

Telefon: (0221) 221-21465

Fax: (0221) 221-29241

E-Mail: ramona.ullmann@stadt-koeln.de

Datum: 23.04.2019

## Niederschrift

über die **Sitzung des Ausschusses Schule und Weiterbildung** in der Wahlperiode 2014/2020 am Montag, dem 18.03.2019, 15:05 Uhr bis 18:15 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Ratssaal

### Anwesend waren:

#### Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Dr. Nils Helge Schlieben	CDU
Herr Franz Philippi	SPD
Frau Birgitta Nesseler-Komp	CDU
Frau Inge Halberstadt-Kausch	SPD
Herr Bürgermeister Dr. Ralf Heinen	SPD
Herr Dr. Walter Gutzeit	CDU
Frau Anneliese Hauser	CDU
Herr Horst Thelen	GRÜNE
Herr Gerhard Brust	GRÜNE
Herr Heiner Kockerbeck	DIE LINKE
Frau Stefanie Ruffen	FDP

#### Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Herr Jörg Detjen	DIE LINKE	Hat Herrn Heiner Kockerbeck in der Zeit von 15:05 bis 17:20 Uhr vertreten.
Herr Prof. Klaus Schäfer	SPD	Hat Frau Elfi Scho-Antwerpes vertreten.
Herr Hans Schwanitz	GRÜNE	Hat Frau Ulrike Kessing vertreten.

#### Beratende Mitglieder

Frau Lisa Hanna Gerlach	BUNT
Frau Hildegard Fuhrmann	auf Vorschlag der SPD
Frau Malika Jakobs-Neumeier	auf Vorschlag der SPD
Frau Dagmar Naegele	auf Vorschlag der SPD
Frau Dr. Cornelia Herbers-Rauhut	auf Vorschlag der CDU
Frau Angelika Riedel	auf Vorschlag der CDU
Herr Dr. Klaus Zimmermann	auf Vorschlag der CDU

Herr Thomas Glowacki	auf Vorschlag der Grünen
Herr Gerson Wirth	auf Vorschlag der Grünen
Herr Oswald Pannes	auf Vorschlag Die Linke
Herr Alexander Kau	auf Vorschlag der AfD
Frau Maria Katharina Westphal	auf Vorschlag der FDP
Frau Stefanie Esser	Katholische Kirche
Herr Lutz Tempel	Stadtschulpflegschaft

### **Stellvertretende beratende Mitglieder**

Frau Stephanie Stangier	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Frau Silvia Behrendt	Stadtschulpflegschaft

### **Verwaltung**

Frau Beigeordnete Dr. Agnes Klein

### **Presse**

### **Zuschauer**

### **Entschuldigt fehlen:**

### **Stimmberechtigte Mitglieder**

Frau Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes	SPD	Vertreten durch Herrn Klaus Schäfer.
Frau Ulrike Kessing	GRÜNE	Vertreten durch Herrn Hans Schwanitz.

### **Beratende Mitglieder**

Herr Bodo Busch	auf Vorschlag der StadtAG LST
Frau Annette Kellinghaus-Klingberg	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik Ist von Ihren Ämtern zurückgetreten.
Herr Martin Roth	auf Vorschlag der SPD
Frau Bärbel Hölzing	auf Vorschlag der Grünen      entschuldigt
Herr Dr. Felix Schotland	Synagogen-Gemeinde Köln
Frau Utta Brauweiler-Fuhr	Evangelische Kirche
Frau Beate Grashof	Evangelische Kirche
Frau Sarah Niknamtavin	BezirksschülerInnenvertretung Köln

### **Stellvertretende beratende Mitglieder**

Herr Michael Bold	Katholische Kirche
Herr Luis May	BezirksschülerInnenvertretung Köln

### **Vor Eintritt in die Tagesordnung:**

Herr Dr. Schlieben sowie die Vertreter der Fraktionen CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und Die Linke danken Frau Dr. Agnes Klein, die aus dem Amt als De-

zernentin für Bildung, Jugend und Sport ausscheidet, für ihr Engagement und die professionelle Zusammenarbeit im Ausschuss für Schule und Weiterbildung.

Frau Dr. Klein dankt dem Vorsitzenden und den Mitgliedern des Ausschusses für die konstruktive Zusammenarbeit in den vergangenen 12 Jahren. Ihr weiterer Dank gilt der Verwaltung, dem Dezernatsbüro, der Eltern- und Schülervertretung sowie der Elternschaft.

Der Vorsitzende verpflichtet Frau Silvia Behrendt, die der Rat am 14.02.2019 als sachkundige Einwohnerin für den Schulausschuss gewählt hat.

Der Ausschuss räumt der noch nicht vom Rat gewählten Schülervertreterin, Frau Xueling Zhou, einstimmig ein Rederecht für die heutige Sitzung ein.

Die Verwaltung schlägt vor, folgende Punkte zusätzlich in die Tagesordnung aufzunehmen:

- die Anfragen unter TOP 3.1.2 und 3.1.3 sowie 3.2.3 und 3.2.4
- die Mitteilungen unter TOP 1.3.1 sowie TOP 5.8 bis 5.10
- im nicht öffentlichen Teil die Mitteilung unter TOP 10.1

Der Ausschuss beschließt die so geänderte Tagesordnung einstimmig.

## **Tagesordnung**

### **I. Öffentlicher Teil**

Präsentation zur Sportentwicklungsplanung der Stadt Köln durch Herrn Prof. Dr. Kähler zur Vorbereitung auf TOP 4.1

Vorführung des Image-Films der Ursula-Kuhr-Hauptschule

Präsentation zum Monitoringbericht allgemeinbildende Schulen und Berufskollegs 2018 zur Vorbereitung auf TOP 5.1

#### **1 Allgemeines**

1.1 Verpflichtung sachkundiger Bürger oder Einwohner/innen

1.1.1 Verpflichtung von Frau Silvia Behrendt als Mitglied mit beratender Stimme

1.2 Gleichstellungsrelevante Themen

1.3 Bericht über den Stand der Schulbaumaßnahmen

1.3.1 Regelmäßige Berichterstattung aus dem Aktionsbündnis Schulbau, TOP 1.3 0998/2019

**2 Anträge gemäß § 3 und 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

- 2.1 Verfahren zur erweiterten Budgetierung / selbstständige Entscheidungskompetenz an Schulen  
AN/0291/2019

**3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

- 3.1 Frühere Anfragen

- 3.1.1 Wie sieht es mit der Breitbandversorgung an Schulen und anderen städtischen Einrichtungen aus?  
AN/1666/2018

Wie sieht es mit der Breitbandversorgung an Schulen und anderen städtischen Einrichtungen aus?; Beantwortung der Anfrage AN/1666/2018 der Ratsgruppe BUNT  
0389/2019

- 3.1.2 Schulische Notfallpläne  
AN/0110/2019

Beantwortung der Anfrage AN/0110/2019 nach § 4 der Geschäftsordnung des Rates: Schulische Notfallpläne  
0444/2019

- 3.1.3 Bau- und Sanierungsverzug wegen verzögerten Fachraumplanungen am Apostelgymnasium  
AN/0112/2019

Beantwortung der Anfrage AN/0112/2019 nach § 4 Geschäftsordnung des Rates: Bau- und Sanierungsverzug wegen verzögerten Fachraumplanungen am Apostelgymnasium  
0480/2019

- 3.2 Neue Anfragen

- 3.2.1 Breitbandausbau an Schulen in Köln  
AN/1135/2018

Breitbandausbau an Schulen in Köln; Beantwortung der Anfrage  
AN/1135/2018  
0809/2019

- 3.2.2 Schulwegsicherung  
AN/0251/2019

3.2.3 Stadtbibliothek - Ausstattung mit Büchern in Leichter Sprache

3.2.4 Die App „KIKS“ für die Kölner Schulen  
AN/0344/2019

#### **4 Vorlagen der Verwaltung**

4.1 Sportentwicklungsplanung der Stadt Köln  
0149/2019

4.2 Planungsaufnahme zum Abriss und Ersatzbau des OGS-Hauses der Kath.  
Grundschule Forststr. 20, 51107 Köln (Rath-Heumar)  
2839/2018

4.3 „Bedarfsfeststellung, Beschaffung und Aufstellung von Schulpavillons für das  
Schuljahr 2019/20“  
4152/2018

4.4 Infrastrukturfinanzierung Lernende Region – Netzwerk Köln e.V. (LRNK)  
0608/2019

4.5 Aktualisierte Honorarordnung der Volkshochschule Köln  
0612/2019

Änderungsantrag zu TOP 4.5, Aktualisierte Honorarordnung der Volkshoch-  
schule Köln, DS 0612/2019  
AN/0375/2019

4.6 Nutzungs- und Entgeltordnung für das FORUM Volkshochschule  
0618/2019

#### **5 Mitteilungen**

5.1 Monitoringbericht (allgemeinbildende Schulen und Berufskollegs) 2018  
3779/2018

5.2 Ehrenamtspreis "KölnEngagiert 2019"  
0456/2019

5.3 Stärkung der präventiven Arbeit mit Kindern und Jugendlichen gegen Antise-  
mitismus, Rassismus und Diskriminierung  
0237/2019

5.4 Prüfung der Errichtung einer Kindertagesstätte (Kita) in Fertig- oder Modul-  
bauweise auf der ungenutzten Brachfläche an der Kurt-Tucholsky-  
Hauptschule auf dem Helene-Weber-Platz in Köln-Neubrück  
3383/2018

- 5.5 23. Bericht zur Situation Geflüchteter  
0473/2019
- 5.6 Handlungskonzept zur Kölner Behindertenpolitik, 2. Folgebericht;  
Controlling der Umsetzung der Einzelmaßnahmen  
0340/2019
- 5.7 Teilnahme Kölner Schulen am Schulversuch Talentschulen  
0679/2019
- 5.8 Mittelverwendung zur Ausstattung Schulsport des politischen Veränderungs-  
nachweises zum Haushalt 2018  
0257/2019
- 5.9 Sachstandsmitteilung zum Landesförderprogramm "Gute Schule 2020"  
0891/2019
- 5.10 Anbindung des Fachbereichs "Schulsozialarbeit" innerhalb des Dezernates IV  
0583/2019
- 6 Anfragen**
- 7 Verschiedenes**

## **I. Öffentlicher Teil**

**Präsentation zur Sportentwicklungsplanung der Stadt Köln durch Herrn Prof. Dr. Kähler zur Vorbereitung auf TOP 4.1**

**Vorführung des Image-Films der Ursula-Kuhr-Hauptschule**

**Präsentation zum Monitoringbericht allgemeinbildende Schulen und Berufskollegs 2018 zur Vorbereitung auf TOP 5.1**

### **1 Allgemeines**

#### **1.1 Verpflichtung sachkundiger Bürger oder Einwohner/innen**

##### **1.1.1 Verpflichtung von Frau Silvia Behrendt als Mitglied mit beratender Stimme**

#### **1.2 Gleichstellungsrelevante Themen**

#### **1.3 Bericht über den Stand der Schulbaumaßnahmen**

##### **1.3.1 Regelmäßige Berichterstattung aus dem Aktionsbündnis Schulbau, TOP 1.3 0998/2019**

### **2 Anträge gemäß § 3 und 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

#### **2.1 Verfahren zur erweiterten Budgetierung / selbstständige Entscheidungskompetenz an Schulen AN/0291/2019**

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, erläutert den gemeinsamen Antrag der Fraktionen CDU, SPD, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, FDP und Die Linke stellvertretend für alle Antragsteller. Anlass seien Beschwerden der Schulen darüber, dass benötigte Ersatzbeschaffungen oder Reparaturen nicht zeitnah von der Verwaltung umgesetzt würden. Ziel des Antrags sei daher, überflüssige Bürokratie abzubauen, um die Schulen schneller mit den notwendigen Materialien zu versorgen. Einen Pilotversuch zur erweiterten Budgetierung hatte die Verwaltung wegen Missachtung des Vergaberechts durch einige Schulen vorzeitig eingestellt. Die Antragstellerinnen und Antragsteller bitten die Verwaltung bis zur Sommerpause 2019 ein überzeugendes Konzept vorzulegen, wie zukünftig alle Schulen mit einem erweiterten Budget ausgestattet werden können.

Frau Dr. Klein befürwortet die Intention des Antrags, Verfahren zu beschleunigen; hält die zeitliche Vorgabe jedoch für sehr ambitioniert. Das zu entwickelnde Konzept müsse rechtssicher ausgestaltet sein und auch vor dem Rechnungsprüfungsamt Stand

halten. Sie berichtet, dass im Rahmen der Initiative zur Stärkung der Bezirke ein erweitertes Budget von je 100.000 Euro aus dem Budget des Amtes für Schulentwicklung für Ergänzungs- und Ersatzbeschaffungen übertragen wird. Das Büro der Oberbürgermeisterin werde hierzu in Kürze eine Mitteilung veröffentlichen. Diese Maßnahme müsse bei der Bearbeitung des vorliegenden Antrags berücksichtigt werden. Weiterhin müsse beachtet werden, dass die Schulen in die Lage versetzt werden müssen, das Budget verwalten zu können.

Frau Heuer erläutert, dass es komplexer Abstimmungsprozesse innerhalb der Verwaltung bedürfe, um ein Konzept zu entwickeln, welches einerseits rechtssicher und andererseits für die Schulen praktikabel sei. Neben der Kämmerei und dem Rechnungsprüfungsamt seien beispielsweise auch das Personal- und Verwaltungsmanagement, die Personalvertretungen zu beteiligen. Frau Heuer bekräftigt, dass die Verwaltung die Intention der Antragstellerinnen und Antragsteller teile, dass die Umsetzung aufgrund der zahlreichen zu beteiligenden Akteurinnen und Akteure jedoch komplizierter sei, als es auf den ersten Blick erscheine.

Herr Dr. Zimmermann, CDU-Fraktion, möchte die Zuweisung der Mittel an die Bezirke nicht mit der Zuweisung der Gelder an die Schulen vermischen.

Frau Heuer bestätigt, dass es sich um zwei getrennte Maßnahmen handle. In der zeitlichen Abfolge werde zunächst die Initiative der Oberbürgermeisterin zur Stärkung der Bezirke umgesetzt.

#### **Beschluss:**

Die Verwaltung wird aufgefordert, bis zur Sommerpause 2019 ein Verfahren darzulegen, wie zukünftig alle Schulen mit einem erweiterten Budget für Positionen wie z. B. Ersatzbeschaffungen, Ausstattung und Geräte und Schönheitsreparaturen ausgestattet werden können. Insbesondere die korrekte Einhaltung der entsprechenden Vorgaben (Vergaberecht, Abwicklung des Zahlungsverkehrs über Schulgirokonten etc.) durch die Schulen soll mit Blick auf den seinerzeitigen Pilotversuch im Verfahren Berücksichtigung finden. Auch möge die Verwaltung darlegen, wie das in der Mitteilung 0218/2017 angesprochene Problem der Budgets unterhalb nennenswerter finanzieller Handlungsspielräume bei Teilnahme aller Schulen geändert werden kann.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig **zugestimmt**.

Herr Dr. Schlieben äußert im Namen des Ausschusses Verständnis, dass die Einhaltung der im Antrag genannten Frist zwar wünschenswert sei, aufgrund der Komplexität aber auch eine spätere Vorlage akzeptiert werde.

### **3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

#### **3.1 Frühere Anfragen**

##### **3.1.1 Wie sieht es mit der Breitbandversorgung an Schulen und anderen städtischen Einrichtungen aus?**

**AN/1666/2018**

**Wie sieht es mit der Breitbandversorgung an Schulen und anderen städtischen Einrichtungen aus?; Beantwortung der Anfrage AN/1666/2018 der Ratsgruppe BUNT  
0389/2019**

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, berichtet, dass wegen einer fehlenden Genehmigung der Deutschen Bahn in einem Fall ein Anschluss erst Ende 2019 möglich sei. Herr Thelen fordert, das Genehmigungsverfahren nicht abzuwarten.

Frau Heuer versteht Herrn Thelens Wunsch nach einer schnellen Umsetzung, allerdings könne die Verwaltung den Aufruf zu rechtswidrigem Verhalten nicht unterstützen.

Herr Tempel, Stadtschulpflegschaft, merkt an, dass es Schulen gebe, bei denen das Breitbandkabel zwar bis zum Schulgebäude verlegt sei, jedoch noch kein Anschluss erfolgt sei.

**3.1.2 Schulische Notfallpläne  
AN/0110/2019**

**Beantwortung der Anfrage AN/0110/2019 nach § 4 der Geschäftsordnung des Rates: Schulische Notfallpläne  
0444/2019**

Frau Gerlach, Ratsgruppe BUNT, teilt mit, dass sie die Überlegung, Schülerinnen und Schüler an der Amok-Übung teilnehmen zu lassen, verworfen habe, da dem Thema damit zu viel Raum eingeräumt würde. Eine Schulung der Lehrkräfte, Sekretärinnen und Sekretäre sowie Hausmeisterinnen und Hausmeister halte sie für ausreichend. Frau Gerlach dankt der Verwaltung für die Mitteilung.

Herr Glowacki, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, fragt, ob es möglich sei, an allen Kölner Schulen einheitliche Signale für Brand und Amok einzuführen.

Frau Ruffen, FDP-Fraktion, weist darauf hin, dass es sich um ein Thema für den Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft handele.

Herr Dr. Zimmermann, CDU-Fraktion, schlägt vor, dass das gesamte Sicherheitssystem überarbeitet wird. Die Idee eines stadtweit einheitlichen Amok-Signals lehnt er ab. Es bestünde die Gefahr, dass das Signal öffentlich bekannt und damit unwirksam werde.

Herr Gräbener gibt zu bedenken, dass den Vorschlägen erhebliche technische Grenzen gesetzt seien. Stadtweit gebe es 277 Schulstandorte. Die Gebäude seien zwischen 0 und 130 Jahren alt. Die technische Ausstattung und die verbauten Materialien wichen deutlich voneinander ab. Eine Vereinheitlichung sei aufgrund dieser Unterschiede nur schwer umsetzbar.

**3.1.3 Bau- und Sanierungsverzug wegen verzögerten Fachraumplanungen am Apostelgymnasium  
AN/0112/2019**

**Beantwortung der Anfrage AN/0112/2019 nach § 4 Geschäftsordnung  
des Rates: Bau- und Sanierungsverzug wegen verzögerten Fachraum-  
planungen am Apostelgymnasium  
0480/2019**

Die Beantwortung wird zur Kenntnis genommen.

**3.2 Neue Anfragen**

**3.2.1 Breitbandausbau an Schulen in Köln  
AN/1135/2018**

**Breitbandausbau an Schulen in Köln; Beantwortung der Anfrage  
AN/1135/2018  
0809/2019**

Die Beantwortung wird zur Kenntnis genommen.

**3.2.2 Schulwegsicherung  
AN/0251/2019**

Eine Beantwortung der Verwaltung liegt noch nicht vor.

**3.2.3 Stadtbibliothek - Ausstattung mit Büchern in Leichter Sprache**

Eine Beantwortung der Verwaltung liegt noch nicht vor.

**3.2.4 Die App „KIKS“ für die Kölner Schulen  
AN/0344/2019**

Eine Beantwortung der Verwaltung liegt noch nicht vor.

**4 Vorlagen der Verwaltung**

**4.1 Sportentwicklungsplanung der Stadt Köln  
0149/2019**

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Köln

- (1) nimmt das Gutachten zur Sportentwicklungsplanung der Stadt Köln gemäß Anlage 1 zur Kenntnis.
- (2) erkennt das Gutachten als Handlungsleitfaden für die aktuellen und zukünftigen Herausforderungen von Sport und Bewegung in der Kölner Stadtgesellschaft an.
- (3) beauftragt die Verwaltung auf Basis des Gutachtens entsprechende Maßnah-

men zu entwickeln und diese bei allen über die Geschäfte der laufenden Verwaltung hinausgehenden Maßnahmen den politischen Gremien unter Beachtung der bezirklichen Belange zur Entscheidung vorzulegen.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig **zugestimmt**.

**4.2 Planungsaufnahme zum Abriss und Ersatzbau des OGS-Hauses der Kath. Grundschule Forststr. 20, 51107 Köln (Rath-Heumar) 2839/2018**

Frau Nessler-Komp, CDU-Fraktion, fragt, wie das OGS-Angebot in der Abriss- und Neubauphase sichergestellt wird. Weiterhin möchte sie wissen, ob ein ungestörter Einsatzbetrieb der Freiwilligen Feuerwehr, die im unmittelbar angrenzenden Gebäude untergebracht ist, gewährleistet werden kann. Darüber hinaus erkundigt sich Frau Nessler-Komp, warum die Maßnahme nicht durchgeführt wurde, bevor die Schule im Schuljahr 2018/2019 nach ihrer Auslagerung in das sanierte Schulgebäude zurückgekehrt ist.

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Köln beschließt die Planungsaufnahme (bis einschließlich Leistungsphase 3 HOAI) zum Abriss des alten Gebäudes der Offenen Ganztagschule (OGS) und Erstellung eines Ersatzbaus für die Kath. Grundschule (KGS) Forststr. 20, 51107 Köln (Rath-Heumar).

Die Verwaltung wird beauftragt, die Planung und Kostenermittlung aufzunehmen und voranzutreiben. Dabei ist die Priorisierung entsprechend der Schulbauliste 2018, die dem Rat mit der Beschlussvorlage 3648/2018 zur Entscheidung vorgelegt wird, zu beachten.

Der Planung ist das in der Anlage aufgeführte Raumprogramm zu Grunde zu legen (Anlage 1). Entwurfs- und konstruktionsbedingte Abweichungen sind zulässig.

Die Planungskosten bis einschließlich Leistungsphase 3 HOAI belaufen sich nach vorläufiger Kostenschätzung auf rund 180.000 €. Die aus dem städtischen Haushalt zu finanzierenden Planungskosten sind im Haushaltsjahr 2019 im Teilergebnisplan 0301 veranschlagt.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig **zugestimmt**.

**4.3 „Bedarfsfeststellung, Beschaffung und Aufstellung von Schulpavillons für das Schuljahr 2019/20“ 4152/2018**

Herr Dr. Schlieben dankt der Verwaltung für diese Beschlussvorlage. Hinsichtlich der Schule am Standort Cäsarstraße fragt Herr Dr. Schlieben, ob die Schulpavillons von der KGS, der GGS oder von beiden Schulen genutzt werden sollen. Darüber hinaus erkundigt er sich nach dem konkreten Standort der Schulpavillons. Er möchte wissen, ob auch die Schulerweiterungsfläche genutzt werden soll. Herr Dr. Schlieben berichtet, dass ihn die Information erreicht habe, dass die Planungen nicht ausreichend mit der Schule abgesprochen wurden.

Herr Gräbener erläutert, dass bisher geprüft wurde, ob grundsätzlich Schulpavillons genutzt werden können. Die endgültigen Standorte auf dem Schulgrundstück stünden noch nicht fest. Diese werden nun im Rahmen der Feinplanung geprüft. Herr Gräbener berichtet, dass die Schulpavillons von der KGS genutzt werden sollen. Den Appell der Schulleitung, mehr in die Planung einbezogen zu werden, nimmt Herr Gräbener gerne auf. Allerdings gibt er zu bedenken, dass wegen des kleinen Grundstücks kaum Planungsspielraum bestehe.

Frau Nessler-Komp, CDU-Fraktion, fragt, ob die für die Förderschule Soldiner Straße vorgesehenen Zwischenwände in sechs Klassenräumen einen pädagogischen Hintergrund haben oder ob langfristig geplant sei, aus den sechs Klassenräume 12 zu machen.

Frau Heuer erklärt, dass die Zwischenwände ein ausdrücklicher Wunsch der Schule gewesen seien.

Herr Brust, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, ist enttäuscht darüber, dass die Schulpavillons nicht zu Beginn des Schuljahres einsatzbereit sein werden. Weil es in der Vergangenheit häufiger vorgekommen sei, dass Schulpavillons am Anfang des Schuljahres nicht nutzbar waren, habe der Ausschuss die Verwaltung im März 2018 beauftragt, ein Dreijahresprogramm zu entwickeln, um dieses Problem zukünftig zu vermeiden. Herr Brust fragt, ob für das übernächste Schuljahr vorausschauend geplant werde, damit die Problematik nicht erneut auftritt.

Herr Gräbener berichtet, dass die Verwaltung ein Dreijahresprogramm aufgestellt habe. Er verweist auf eine Mitteilung der Verwaltung, in der für alle drei Jahre die zu prüfenden Standorte aufgelistet wurden. Um mit der ersten Charge beginnen zu können, benötige die Verwaltung jetzt den entsprechenden Beschluss. Herr Gräbener versichert, dass die Verwaltung schon jetzt die weiteren Ausbaustufen vorbereite.

### **Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt, unverzüglich Schulpavillons zur Bildung von 44 Klassenräumen, 2 OGTS-Räumen und 4 Mensen mit Küchen und Nebenräumen im Rahmen der vergaberechtlich vertretbaren Möglichkeiten zu beschaffen und an 10 Standorten (s. Anlage 1) zur Nutzung als Vorbereitungsklassen, zur Mehrklassenbildung oder als Interim aufzustellen.

Der Rat stellt für diese Beschaffung vorgezogen den Bedarf fest. Das Rechnungsprüfungsamt wird richtlinienkonform in den Beschaffungsvorgang eingebunden.

Die Finanzierung der Flächenbereitstellung erfolgt über den Wirtschaftsplan der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln. Zur Refinanzierung ist im städtischen Haushalt eine zusätzliche Miete (Flächenverrechnungspreis) ab 2020 im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben, Teilplanzeile 16, sonstiger ordentlicher Aufwand zu veranschlagen, die sich für die Schulpavillons inklusive der Reinigungs- und sonstiger Nebenkosten auf rund 782.000 € p.a. beläuft. Die anteilig für das Jahr 2019 zu entrichtende Miete beträgt für die Schulpavillons inklusive der Reinigungs- und sonstiger Nebenkosten rund 261.000 €. Sie ist im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben, Teilplanzeile 16, sonstiger ordentlicher Aufwand veranschlagt.

Die Finanzierung der Einrichtungskosten in Höhe von einmalig ca.1.346.500 € brutto erfolgt im Haushaltsjahr 2019. Der investive Anteil in Höhe von ca. 748.000 € sowie der konsumtive Anteil in Höhe von 598.500 € werden im Teilplan 0301, Schulträgeraufgaben, aus Mitteln des Förderprogramms Gute Schule 2019 finanziert.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig **zugestimmt**.

**4.4 Infrastrukturfinanzierung Lernende Region – Netzwerk Köln e.V. (LRNK) 0608/2019**

Herr Thelen, Bündnis 90/Die Grünen, fragt, ob die Berichte zur Lernenden Region im Ausschuss Schule und Weiterbildung vorgestellt werden könnten.

Herr Schüller berichtet, dass die Lernende Region hierzu gerne bereit sei.

**Beschluss:**

Der Rat beschließt

zur Förderung des Vereins Lernende Region-Netzwerk Köln e.V. zur Finanzierung der anteiligen Infrastrukturkosten der Geschäftsstelle jeweils 90.000,- EUR für die Haushaltsjahre 2019 ff. zur Verfügung zu stellen.

Die Deckung erfolgt aus dem Teilfinanzplan 0414 – Volkshochschule, Teilplanzeile 15 – Transferaufwendungen. Die Aufwendungen sind im Haushaltsplan 2019 und in der Mittelfristplanung bis 2022 veranschlagt.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig **zugestimmt**.

**4.5 Aktualisierte Honorarordnung der Volkshochschule Köln 0612/2019**

**Beschluss:**

Der Rat beschließt die aktualisierte Honorarordnung für die Volkshochschule Köln in der als Anlage 1 dieser Vorlage beigefügten Fassung und zugleich die damit verbundene Anhebung der Honorare für die Dozentinnen und Dozenten der VHS.

Ab dem Jahr 2020 werden Mehraufwendungen in Höhe von rd. 166.000 EUR im Teilergebnisplan 0414 – Volkshochschule und der Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen entstehen. Demgegenüber stehen Mehrerträge in Folge einer moderaten und differenzierten Erhöhung der Teilnehmerentgelte in der Teilplanzeile 05 – privatrechtliche Leistungsentgelte in gleicher Höhe.

Die entsprechenden Aufwendungen und Erträge werden im Haushaltsplan 2020 veranschlagt.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig **zugestimmt**.

**Änderungsantrag zu TOP 4.5, Aktualisierte Honorarordnung der Volkshochschule Köln, DS 0612/2019  
AN/0375/2019**

Herr Pannes, Fraktion Die Linke, erläutert den Änderungsantrag seiner Fraktion, der als Tischvorlage bereitgestellt wurde. Die Forderung nach einem Honorar von 35 Euro

pro Unterrichtsstunde solle die bestehende Diskrepanz bei der Bezahlung der Lehrkräfte an der Volkshochschule beheben. Wenn keine Egalisierung der Honorare erfolge, befürchte die Fraktion Die Linke, dass Lehrkräfte sich andere Betätigungsfelder suchen. Dies könne langfristig existenzbedrohend für die Volkshochschule werden. Darüber hinaus weist er auf die prekäre Situation der arbeitnehmerähnlich beschäftigten Lehrkräfte hin, für die keine Sozialabgaben gezahlt werden. Dies führe während des Erwerbslebens zu prekären Verhältnissen und münde am Ende des Berufslebens schlimmstenfalls in Altersarmut. Die Fraktion Die Linke sehe die Verwaltung in der Pflicht, die Bedingungen für die Lehrkräfte an der Volkshochschule diesbezüglich zu verbessern.

Frau Ruffen, FDP-Fraktion, bedauert, dass der Änderungsantrag so kurzfristig eingereicht wurde. Ohne Absprache mit ihrer Fraktion und einer Verankerung im Haushalt, könne sie dem Antrag nicht zustimmen. Hinsichtlich der Kranken- und Rentenversicherungsabgaben gebe es lediglich zwei Modelle. Entweder würden Honorarkräfte beschäftigt, die sich selbst um die Sozialversicherungsabgaben kümmern müssen oder die Lehrkräfte würden angestellt. Dazwischen gebe es keine Mischformen. Dieses Problem könne auch durch den Änderungsantrag nicht gelöst werden.

Herr Dr. Gutzeit, CDU-Fraktion, weist daraufhin, dass in Anlage 1 Honorare danach differenziert werden, ob ein hoher oder geringer Vor- und Nachbereitungsaufwand bestehe. Je nach Aufwand erhalte die Lehrkraft 20 bzw. 21 Euro Vergütung. Er interpretiert dies so, dass bei den Honorarverhandlungen um jeden Euro gerungen werde.

Herr Philippi, SPD-Fraktion, schlägt vor, den Antrag der Fraktion Die Linke in der nächsten Haushaltsplanberatung zu diskutieren.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, begrüßt die weitere Erhöhung der Honorare. Allerdings gehöre dies in die Haushaltsplanberatung.

Herr Kockerbeck, Fraktion Die Linke, weist auf eine Vereinbarung des Landes Bremen mit der Volkshochschule Bremen hin, die eine Erhöhung der Honorare auf 31 Euro vorsieht. Darüber hinaus gebe es dort die Variante, dass Honorarkräfte Zuschüsse zur Kranken- und Rentenversicherung erhalten. Sofern der heutige Änderungsantrag in den Haushaltsplanberatungen berücksichtigt werden solle, schlägt Herr Kockerbeck vor, die Vereinbarung des Landes Bremen als Diskussionsgrundlage einzubeziehen.

Der Vorsitzende lässt über den Änderungsantrag abstimmen.

Der Beschluss wird folgendermaßen geändert:

1. Der erste Satz wird gestrichen und durch folgende Sätze ersetzt:

Der Rat beschließt eine aktualisierte Honorarordnung für die Volkshochschule Köln, bei der die Honorare für Dozentinnen und Dozenten auf mindestens 35 Euro die Unterrichtsstunde in allen Kursen angehoben werden. Die neue Honorarordnung in Anlage 1 wird dementsprechend verändert.

2. Am Ende des Beschlusses wird hinzugefügt (nach " ... im Haushaltsplan 2020 veranschlagt."):

Die Verwaltung wird beauftragt, verschiedene Vorschläge zu erarbeiten, in welcher Höhe die Volkshochschule ihren arbeitnehmerähnlich beschäftigten Lehrkräften Zuschüsse zur Renten- und Krankenversicherung bezahlen kann und mit welchen Kos-

ten dies für die Stadt verbunden ist. Diese Vorschläge werden dem Ausschuss für Schule und Weiterbildung zur Beschlussfassung nach der Sommerpause vorgelegt.

**Abstimmungsergebnis:**

Mehrheitlich gegen die Stimme der Fraktion Die Linke **abgelehnt**.

Sodann lässt der Vorsitzende über die Beschlussvorlage abstimmen.

**4.6 Nutzungs- und Entgeltordnung für das FORUM Volkshochschule 0618/2019**

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Köln beschließt die in der Anlage 1 vorgelegte Nutzungs- und Entgeltordnung für das FORUM Volkshochschule im Kulturzentrum am Neumarkt.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig **zugestimmt**.

**5 Mitteilungen**

**5.1 Monitoringbericht (allgemeinbildende Schulen und Berufskollegs) 2018 3779/2018**

Herr Dr. Zimmermann, CDU-Fraktion, hat im Monitoringbericht auf Seite 5 gelesen, dass 530 Schülerinnen und Schüler der Abschlussklassen des Schuljahres 2017/2018 unversorgt gewesen seien. Er fragt, ob dies bedeute, dass die Schülerinnen und Schüler ihrer Berufsschulpflicht nicht nachgekommen seien oder ob diejenigen schon über 18 Jahre alt gewesen seien. Herr Dr. Zimmermann möchte gerne wissen, ob es hierzu Zahlen gibt. Weiterhin bemerkt er, dass die Aussage auf Seite 23, dass 37 % der Gymnasiastinnen und Gymnasiasten in Klassen untergebracht seien, die nicht den Vorgaben des Landes Nordrhein-Westfalen hinsichtlich der Klassenhöchstwerte entsprechen, den Handlungsbedarf in diesem Bereich verdeutliche.

Franz Philippi, SPD-Fraktion, weist darauf hin, dass die Ressourcenverteilung bedarfsgerecht erfolgen müsse. Dabei sei der Sozialindex zu berücksichtigen. Bei Beachtung der sozialräumlich sehr unterschiedlichen Armutsquoten in Köln müssten in dieser Hinsicht besonders herausgeforderte Schulen mit mehr Ressourcen bedacht werden als Schulen in Stadtteilen mit geringen Armuts- und Bildungsrisiken.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, lobt die hohe Übergangsquote von der Haupt- und Realschule in die gymnasiale Oberstufe. Er möchte wissen, ob es Zahlen zur Erfolgsquote dieser Schülerinnen und Schüler gibt.

Herr Thelen bedauert die sehr geringe Inklusionsquote der Gymnasien von fünf Prozent. Hinsichtlich der Klassenfrequenzen merkt er an, dass die Durchschnittszahlen hohe Schülerinnen- und Schülerzahlen in einzelnen Klassen verschleiern würden.

Frau Westphal, FDP-Fraktion, bemerkt, dass eine Erhöhung der Inklusionsquote an Kölner Gymnasien entsprechende räumliche Kapazitäten voraussetze, die nicht vorhanden seien.

Weiterhin weist Frau Westphal darauf hin, dass Bayern eine geringe Inklusionsquote

habe und in Bildungsstudien gut abschneide. In Bremen sei es genau umgekehrt; es gibt eine hohe Inklusionsquote und die Ergebnisse in der Bildungsstudie fallen schlechter aus. Frau Westphal fragt, ob die Verwaltung einen Zusammenhang zwischen Inklusionsquote und Bildungsqualität sehe.

Herr Pannes, Fraktion Die Linke, sieht sich durch den Monitoringbericht darin bestärkt, dass das selektive Schulsystem abgeschafft werden sollte. Er fordert eine Schule für alle. Die Gesamtschule sei ein Schritt in die richtige Richtung. Es fehlten aber weiterhin sieben bis neun Gesamtschulen in Köln. Solange diese nicht errichtet seien, sollten sie prioritär vor anderen Schulformen behandelt werden.

Frau Riedel, CDU-Fraktion, lobt die Reduzierung der Quote der Schülerinnen und Schüler, die die Schule ohne Abschluss verlassen. Sie regt an, die Gründe für die positive Entwicklung zu evaluieren, um daraus mögliche weitere Maßnahmen ableiten zu können. Darüber hinaus würde sie gerne erfahren, ob es neben der Übergangquote von Haupt- und Realschulen in die gymnasiale Oberstufe auch Zahlen zur Übergangquote innerhalb der Gesamtschule gibt. Ein Vergleich dieser Zahlen könnte die Annahme, dass das Abitur auf der Gesamtschule leichter erreicht werden kann bestätigen bzw. entkräften.

Frau Dr. Klein möchte einige Fragen, die das Zahlenwerk betreffen, im Rahmen einer Mitteilung beantworten.

Sie berichtet, dass in diesem Anmeldeverfahren mit schulrechtskonformen Klassengrößen von 30 - bzw. an kleineren Gymnasien von 31 - Schülerinnen und Schülern gearbeitet werde. Kleinere Klassen wären wünschenswert. Dem gegenüber stehe aber die Pflicht, allen angemeldeten Schülerinnen und Schülern einen Gymnasialplatz anzubieten.

Die Reduzierung der Quote der Schülerinnen und Schüler, die die Schule ohne Abschluss verlassen, sei auf viele Initiativen der Schulen sowie des Regionalen Bildungsbüros Köln zurückzuführen. Beispielhaft sei das Programm „Kein Abschluss ohne Anschluss (KAOA)“ zu nennen. Frau Dr. Klein wirbt dafür, dass dieses und andere Programme, die den Erwerb eines Schulabschlusses unterstützen, fortgesetzt werden.

Frau Dr. Klein berichtet, dass auch Kinder ohne Gymnasial-Empfehlung in signifikanter Größe von Gesamtschulen in die Sekundarstufe II wechseln. Sofern konkrete Zahlen hierzu vorliegen, wird die Verwaltung diese dem Ausschuss mitteilen.

In Bezug auf einen möglichen Zusammenhang zwischen Inklusion und Bildungsqualität hält Frau Dr. Klein einen Vergleich der Zahlen aus Bayern und Bremen für ungeeignet, da beide Länder über unterschiedliche Strukturen und Bedingungen verfügen. Nicht nur die Schulsysteme, auch die Organisationsformen des Stadtstaates Bremen und des Flächenlandes Bayern unterscheiden sich erheblich. Darüber hinaus ergeben sich aus den ungleichen Sozialstrukturen abweichende Ausgangssituationen der Schülerinnen und Schüler.

Herr Glowacki, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, kritisiert die Schlussfolgerung auf Seite 33, dass die Erfolgsquote der berufsbildenden Bildungsgänge einen Rückschluss auf deren Effizienz zulasse. Er merkt an, dass nicht nur die Qualität der Ausbildung, sondern insbesondere die persönlichen Rahmenbedingungen der Schülerinnen und Schüler zum Erfolg oder Misserfolg einer Ausbildung beitragen. Herr Glowacki hätte sich eine differenziertere Darstellung gewünscht.

Herr Tempel, Stadtschulpflegschaft, teilt mit, dass es die Stadtschulpflegschaft begrüßen würde, wenn mehr Gymnasien inklusiv unterrichten würden. Die Rechtferti-

gung der fehlenden Räumlichkeiten lässt er nicht gelten. Die Raumnot bestehe bei allen Schulformen. Weiterhin spricht sich die Stadtschulpflegschaft dafür aus, das System der Schulformen in Deutschland bundesweit zu vereinheitlichen. Umzüge innerhalb des Bundesgebietes würden dadurch für Schülerinnen und Schüler deutlich vereinfacht. Darüber hinaus regt die Stadtschulpflegschaft eine bundesweite Diskussion über die Funktionsfähigkeit des dreigliedrigen Schulsystems in der derzeitigen Form sowie mögliche Alternativen und Interventionen an.

## **5.2 Ehrenamtspreis "KölnEngagiert 2019" 0456/2019**

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, bittet darum, die Ausschreibungsfrist im nächsten Jahr frühzeitiger anzukündigen. Andernfalls sei die Bewerbungsfrist für die Schulen zu kurz.

## **5.3 Stärkung der präventiven Arbeit mit Kindern und Jugendlichen gegen Antisemitismus, Rassismus und Diskriminierung 0237/2019**

Herr Philippi, SPD-Fraktion, regt an, dass das Land die Thematik als innere Schulan gelegenheit aufgreift und behandelt.

## **5.4 Prüfung der Errichtung einer Kindertagesstätte (Kita) in Fertig- oder Modulbauweise auf der ungenutzten Brachfläche an der Kurt-Tucholsky-Hauptschule auf dem Helene-Weber-Platz in Köln-Neubrück 3383/2018**

Frau Nesseler-Komp, CDU-Fraktion, versteht, dass das Grundstück nicht bebaut werden soll, fragt aber, ob das Grundstück in der Zwischenzeit für schulische Aktivitäten, wie zum Beispiel Schulsport, genutzt werden kann.

Herr Gräbener teilt mit, dass die Verwaltung derzeit prüfe, wie das Grundstück, mit wirtschaftlich vertretbarem Aufwand, für schulische Zwecke nutzbar gemacht werden kann.

## **5.5 23. Bericht zur Situation Geflüchteter 0473/2019**

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, regt an, Kinder mit Migrationshintergrund im Hinblick auf zusätzliche Förderungsmaßnahmen gesondert zu betrachten.

Frau Heuer berichtet, dass dies das Hauptarbeitsfeld der Bildungskordinatorinnen und Bildungskoodinatoren für Neuzugewanderte betreffe. Diese haben eine umfangreiche Übersicht der Fördermöglichkeiten erstellt.

Frau Nesseler-Komp, CDU-Fraktion, fragt, was die Formulierung, dass „in der Regel“ in allen Schulformen Vorbereitungsklassen gebildet werden, konkret bedeute. Weiterhin möchte sie wissen, nach welchem Verteilungsplan Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter in den Vorbereitungsklassen eingesetzt werden.

Frau Heuer berichtet, dass ihr keine Schulform bekannt sei, an der keine Vorbereitungsklassen gebildet werden. Hinsichtlich der Schulsozialarbeit erläutert sie, dass verschiedene Faktoren bei der Verteilung berücksichtigt werden. Unter anderem sei ein wesentliches Kriterium, ob es an der Schule Vorbereitungsklassen gebe.

Herr Dr. Zimmermann, CDU-Fraktion, entnimmt Seite 43, dass Fachräume vorübergehend aufgegeben werden, um dort Vorbereitungsklassen einzurichten. Er fragt, ob die Schülerinnen und Schüler der Vorbereitungsklassen alternativ in Zeiten beschult werden können, in denen reguläre Klassenräume unbesetzt sind, wie zum Beispiel am Nachmittag oder an den Wochenenden.

Frau Ruffen, FDP-Fraktion, erläutert, dass es sich bei den Vorbereitungsklassen um keine losgelöste Lernform handelt. Vielmehr sollen die Vorbereitungsklassen den regulären Unterricht ergänzen. Herr Dr. Zimmermanns Vorschlag würde die Integration der Schülerinnen und Schüler verhindern und zu deren Segregation führen.

Herr Kockerbeck, Fraktion Die Linke, vermisst eine Aufstellung darüber, wie die Förderklassen auf die verschiedenen Schulformen verteilt sind.

Frau Heuer wird Herrn Kockerbecks Nachfrage an das Schulamt weitergeben. Zu Herrn Zimmermanns Anregung bemerkt sie, dass die Verwaltung keine Verfügungsgewalt über die Arbeitszeiten der Lehrkräfte habe. Darüber hinaus stünden dem Vorschlag die von Frau Ruffen erwähnten pädagogischen Gründe entgegen.

## **5.6 Handlungskonzept zur Kölner Behindertenpolitik, 2. Folgebericht; Controlling der Umsetzung der Einzelmaßnahmen 0340/2019**

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

## **5.7 Teilnahme Kölner Schulen am Schulversuch Talentschulen 0679/2019**

Frau Ruffen, FDP-Fraktion, freut es, dass zwei Kölner Schulen an dem Schulversuch teilnehmen dürfen. Sie weist darauf hin, dass die Jury drei Schulen aus deutlich kleineren Städten, insbesondere im Ruhrgebiet, ausgewählt habe. Für die zweite Runde wünscht sich Frau Ruffen, dass weitere Kölner Schulen durch das Projekt gefördert werden.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, zeigt sich erstaunt darüber, dass ein Gymnasium ausgewählt wurde. Weiterhin merkt er an, dass die Entscheidung der Jury möglicherweise damit zusammenhängt, dass die Städte im Ruhrgebiet wirtschaftlich schlechter aufgestellt seien, als die Stadt Köln.

Frau Heuer weist darauf hin, dass das Gymnasium eine sehr heterogene Schülerschaft habe. Die Klientel am Heinrich-Mann-Gymnasium sei eine andere als an anderen Gymnasien oder auch an Gesamtschulen im Kölner Süden.

Frau Dr. Klein berichtet, dass die Verwaltung dem Schulministerium neun Kölner Schulen vorgeschlagen habe. Welche Schule letztlich an dem Schulversuch teilnehmen darf, habe eine Jury des Schulministeriums entschieden.

**5.8 Mittelverwendung zur Ausstattung Schulsport des politischen Veränderungsnachweises zum Haushalt 2018  
0257/2019**

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

**5.9 Sachstandsmitteilung zum Landesförderprogramm "Gute Schule 2020"  
0891/2019**

Frau Ruffen, FDP-Fraktion, dankt für die Mitteilung und wünscht sich einen jährlichen Bericht über die Verwendung der abgerufenen Fördermittel.

**5.10 Anbindung des Fachbereichs "Schulsozialarbeit" innerhalb des Dezernates IV  
0583/2019**

Herr Kockerbeck, Fraktion Die Linke, berichtet von einer Pressemitteilung der Gewerkschaft Verdi, in der diese darauf hinweist, dass die von ihnen vertretenen Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter nicht auf eine Rückkehr zum Jugendamt drängen. Er fragt, ob es ein Gremium gibt, das die Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter vertritt und einen gemeinsamen Willen kommuniziert. Weiterhin möchte er wissen, ob das Jugendamt den Wunsch geäußert hat, die Zuständigkeit für die Schulsozialarbeit wieder zu erhalten.

Frau Dr. Klein teilt mit, dass sich der Personalrat sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter jeweils in einem Schreiben an die Oberbürgermeisterin ähnlich positioniert hätten, wie es die Gewerkschaft Verdi in ihrer Pressemitteilung getan hat. Weiterhin erklärt sie, dass es noch keine Antwort auf die erwähnten Schreiben durch die Oberbürgermeisterin gebe.

**6 Anfragen**

Frau Gerlach, Ratsgruppe BUNT, berichtet, dass der ursprünglich für den Ausschuss Schule und Weiterbildung vorgesehene Antrag der Ratsgruppe BUNT zum Thema „Fridays for Future – Solidarität mit den Kölner Schülerinnen und Schülern“ anlässlich der Klimaschutzdemonstrationen, nach Beratung durch die Verwaltung, zuständigkeitshalber an den Umweltausschuss gerichtet wurde. Frau Gerlach möchte wissen, warum die Verwaltung den Ausschuss für Schule und Weiterbildung als nicht zuständig erachtet hat.

Frau Dr. Klein erläutert, dass es sich um eine Umweltthematik handele, die sich durch die Aktivitäten der Schülerinnen und Schüler auf den schulischen Bereich auswirke. Hinsichtlich der Schulpflicht habe sich Schulministerin Gebauer eindeutig dahingehend geäußert, dass diese eingehalten werden müsse. Frau Dr. Klein beobachtet bei den Schulen eine große Kreativität dabei, die Schulpflicht mit der Teilnahme an den Demonstrationen zu verbinden. Viele Schulen veranstalten freitags Projektstage, um anhand der Demonstrationen verschiedenste Bildungsthemen zu verdeutlichen. Die Entwicklung eines Klimanotplans für die Stadt Köln falle hingegen eindeutig nicht in den Zuständigkeitsbereich des Ausschusses Schule und Weiterbildung. Der Antrag der Ratsgruppe BUNT wurde daher zurecht zuständigkeitshalber an den Umweltausschuss verwiesen.

Frau Gerlach, Ratsgruppe BUNT, möchte wissen, warum der Schulausschuss keinen Appell an die Landesregierung richten kann, indem er sich mit den demonstrierenden Schülerinnen und Schülern solidarisch erklärt.

Herr Dr. Gutzeit, CDU-Fraktion, sieht es als Aufgabe der Pädagoginnen und Pädagogen an, das begrüßenswerte, politische Engagement der Schülerinnen und Schüler mit der Schulpflicht zu vereinbaren.

Frau Ruffen, FDP-Fraktion, stellt fest, dass es sich um ein landespolitisches Thema handele und der Schulausschuss somit der falsche Ort für die Diskussion sei.

Frau Halberstadt-Kausch, SPD-Fraktion, fragt, ob es im Sinne der Geschäftsordnung sei, im Rahmen der mündlichen Anfragen über deren Sinn und Zweck zu diskutieren.

Frau Nesseler-Komp, CDU-Fraktion, stellt den Antrag zur Geschäftsordnung, die Debatte zu beenden.

Herr Thelen, Bündnis 90/Die Grünen, spricht sich formal gegen den Antrag aus.

Dem Antrag wird gegen die Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke zugestimmt.

## **7      Verschiedenes**

Köln, den 18.04.2019

gez.

Dr. Schlieben

Vorsitzender

Ullmann

Schriftführerin